

Jürgen Trittin

**STARKE LOBBY, SCHWACHE LOBBY:
ORGANISIERTE INTERESSEN UND SCHWACHE
DEMOKRATIE**

Wer über Lobbys redet, muss von Macht reden.

Wer übt die Macht in Deutschland aus?

Nach einer sehr einfachen Weltsicht hat in
unserem Staat die Regierung »die Macht«. Aber
die Macht gibt es nur im politischen Feuilleton.
Meist meint man damit den jeweiligen Kanzler
oder die Kanzlerin. Dann folgt auf den Begriff
von der Macht der Kitsch von der »Höhenluft«
und der »Einsamkeit der Macht«.

In Wirklichkeit gibt es **die** Macht so wenig wie **die** Politik.

Nimmt man den direkten Einfluss auf das reale Leben der Menschen, dann machen politische Entscheidungen nur einen Teil der Mächte aus, die unsere Leben beeinflussen. Da relativiert sich die Macht der Politik recht schnell.

Die Machtverhältnisse in Deutschland sind komplex. Macht ist auf viele Akteure verteilt.

Selbst der mächtigste Einzelpolitiker im Lande, der oder die BundeskanzlerIn, ist von unzähligen Akteuren und Faktoren abhängig, kaum einmal völlig frei in einer Entscheidung.

Wer unter den heutigen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umständen von Macht redet, muss von der Macht des Finanzmarktes

sprechen, von der Macht der großen Unternehmen und Konzerne, von der Macht der Verbände und Lobbys, von der Macht der Medien – und der Macht der Zivilgesellschaft.

Im Zusammenspiel all dieser Akteure bilden sich die Machtverhältnisse in Deutschland heute. Und all das ist die Politik von heute.

Deutschland verfügt über eine sehr vielfältige Landschaft von Verbänden und Interessensgruppen. Darin organisieren sich Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Religionen, weltanschauliche Gruppen und vieles mehr.

Diese Verbände üben Macht aus. Sie beeinflussen die öffentliche Diskussion, geben

Stellungnahmen ab, kommunizieren mit uns Politikern auf allen Ebenen und versuchen, ihre Weltsicht und ihre Interessen voranzubringen.

Daran ist nichts auszusetzen, so organisiert sich unsere Gesellschaft. Demokratie ist auf diese Organisationen angewiesen, die Gesellschaft lebt in ihnen, demokratische Entscheidungsfindung muss sich mit der selbstorganisierten Gesellschaft verzahnen, sie einbeziehen. Verbände, Gewerkschaften, Initiativen, ja Lobbys gehören zur Demokratie.

Doch es kommt auf das richtige Maß an. Heute sind beim Deutschen Bundestag offiziell und **freiwillig** 2200 Lobbygruppen registriert. **Eine Pflicht gibt es nicht.**

Die Anzahl der einzelnen Lobbyisten liegt mehr als doppelt so hoch. Das heißt, **auf jeden Abgeordneten** kommen locker **sieben bis acht Lobbyisten!**

Dieses Ausmaß des Lobbyismus ist exzessiv. Es ist so exzessiv, dass es die Demokratie gefährdet.

Diesen Befund teile ich mit *Hans-Jürgen Papier*, dem ehemaligen Vorsitzenden des Bundesverfassungsgerichts. Er warnte - und so möchte ich mich auch verstanden wissen – vor einer Schwarz-Weiß Sicht. Aber er benannte schon 2006 „*Tendenzen der Entparlamentarisierung und Gefährdungen des Parlamentarismus*“ durch ausufernden Lobbyismus.

Lobbyismus gab es schon lange. Aber so richtig ist das Phänomen erst mit dem Umzug nach Berlin ins öffentliche bzw. veröffentlichte Bewusstsein getreten. Und das nicht ohne Grund, bekam doch hier das Phänom erst Gesicht und schillernde Namen: *Leo Kirch, Leisler-Kiep, Moritz Hunziger...* um nur einige zu nennen, die an der Prägung des Begriffes mitwirkten.

Lobbyismus bedeutet extrem ungleiche Machtverteilung. Er kann die demokratisch legitimierte Entscheidung der Mehrheit der Bevölkerung aushebeln.

Es ist doch offenkundig, dass (finanz-)starke Interessensverbände – und hier reden wir in erster Linie von ökonomisch starken Lobbys – **mehr** Einfluss ausüben können, als schwächere,

Interessensgruppen, insbesondere wenn diese Minderheiten repräsentieren. Deren Anliegen sind aber **nicht weniger relevant** oder gar **weniger legitim**.

Die Stärke bestimmter Lobbygruppen gegenüber anderen führt automatisch zu einer „*Waffenungleichheit*“ – auch hier sei auf Hans-Jürgen Papier verwiesen.

Aber es ist nicht nur die Stärke des Auftretens und Vertreten-Seins an den relevanten Orten der Entscheidungen wie Berlin oder Brüssel.

1 Schwaches Parlament - starke Lobbys

Es ist oft genug auch die **Waffenungleichheit gegenüber den demokratisch legitimierten EntscheiderInnen – den Parlamentariern**. Unter

der Last des geballten und gut organisierten Fachwissen und Sachverstand von Lobbyistengruppen ächzt zu oft auch das Schutzschild der freien und nur dem Gewissen verpflichteten Entscheidung der frei gewählten VolksvertreterInnen.

Sicher – dieses Problem ist hausgemacht. Aber es ist erst einmal ein Fakt.

Interessant ist, dass bestimmte Vertreter eines schwachen Staates - also schwacher Institutionen - mit Vehemenz gerade gegen jede **Verstärkung der parlamentarischen Kontrolle** streiten. Das reicht vom *Bund der Steuerzahler* bis zu dem von Nebenverdiensten gesegneten Staatsrechtler *von Arnim*, der in jeder Verbesserung der Ausstattung der

Abgeordneten mit Personalressourcen einen Klageanlass sieht.

Dabei ist die Waffenungleichheit zwischen Parlament und Regierung - konkret zwischen der Regierung und den sie tragenden Fraktionen sowie der Opposition - eine **himmelschreiende**. Ich weiß wovon ich rede. Ich kenne **beide Seiten**.

Im **Grundgesetz** kontrolliert zwar die erste Gewalt die zweite und macht die Gesetze - in der **Verfassungswirklichkeit** macht die Exekutive die Gesetze und die Minderheit in der Legislative kontrolliert.

Nehmen Sie ein aktuelles Beispiel.

Wenn die Bundesregierung bei einer der wichtigsten Gesetzesreformen, der Änderung

des Erneuerbaren Energien Gesetz (EEG) am Tag vor der abschließenden Befassung im Bundestag einen 204-seitigen Änderungsantrag vorlegt, degradiert sie den gehorsamen Koalitionsabgeordneten zum Stimmvieh – und die Opposition hat keine Chance auf eine ordentliche Beratung.

Der Prozess der Veränderung des Entwurfs hat nicht in den Ausschüssen und dem Parlament stattgefunden - selbst die Einwände der Länder wurden nicht im dafür zuständigen Vermittlungsausschuss ausgehandelt – sondern beim Tee bei der Kanzlerin.

Die Veränderung des Gesetzes im Zuge des Gesetzgebungsverfahrens fand **außerhalb der vom Grundgesetz vorgesehenen Institutionen in informellen Runden** statt, zwischen Kanzlerin

und Ministerpräsidenten, zwischen Regierung und EU-Kommission, zwischen Regierung und Industrie, Energiewirtschaft - **sprich der Lobby**. Die Mehrheit des Parlaments nickte nur noch ab, **was die Regierung mit diesen Lobbys ausgehandelt hatte**.

Intransparenz ist die wichtigste Voraussetzung für exzessiven Lobbyismus

Am Applaus der Interessensgruppen nach Verabschiedung ist die Anzahl der Lobby-Rotstifte an diesem Änderungsmassaker grob aber sicher abzuschätzen. Man kann aber auch die Zahl der Treffen der Branchenvertreter bei der Regierung zum Maßstab machen:

Allein 60 mal trafen sich zwischen Oktober 2013 und Mai 2014 Bundesminister und

parlamentarische Staatssekretäre aus
Wirtschaftsministerium, Umweltministerium,
Justizministerium und Kanzleramt mit
**Vertretern der Energielobby und
energieintensiver Unternehmen:** BDEW, VCI,
VKU, E.on, RWE... .

Auf **ganze 16 Termine** kommen selbe
Ministerien bei Treffen **mit Umweltverbänden:**
BUND, NABU, Greenpeace...

In diesem Fall kommt noch hinzu, dass die
Novelle des EEG selbst Ergebnis massiven
Lobbydrucks gewesen ist. Die Lobbyorganisation
der Metallarbeitgeber, die *Initiative Neue
Soziale Marktwirtschaft* vorweg, hatten
zusammen BDI, BDA, VCI, der Stahlindustrie und
den großen Energieversorgern über Monate

eine Kampagne gegen die Energiewende inszeniert.

Wie diese Lobby bis in die Koalitionsvereinbarungen der #GroKo diese gesteuert hat, hat *Malte Kreutzfeldt* von der TAZ in seinem Buch *Das Strompreiskomplott* lesenswert nachgezeichnet.

Die Menschen in unserem Land spüren das. Sie mögen es nicht, von Politikern regiert zu werden, die sich von Lobbyisten steuern lassen.

Weshalb Lobby auch als Schimpfwort gilt.

Man benutzt es in der öffentlichen Diskussion vor allem, wenn man die organisierten Interessen des politischen Gegners als halbseiden, illegitim, finster darstellen will. Was allzu oft berechtigt ist.

Gerade finanzstarke Wirtschaftslobbys wissen sich aber zu wehren. So wird etwa versucht, den negativ besetzten Begriff *Lobby* **gegen weltanschaulich getriebene Verbände** zu wenden, dann redet man von der »*Umweltlobby*« oder der »*Tierschutzlobby*«.

Dabei ist es hilfreich zu unterscheiden.

Organisationen, die für bestimmte ethische Werte kämpfen, sind keine Lobbys. Lobbys vertreten Interessen, nicht Werte.

Deshalb sind Tierschützer keine Lobbyisten. Die Verbände der erneuerbaren Energien betreiben sehr wohl Lobbyismus, die *Deutsche Umwelthilfe* macht beides.

Und noch etwas:

Man erkennt nicht an der Anwesenheit eines Lobbyisten, ob ein Anliegen richtig oder falsch ist.

2 Lobbys gegen Ökologie

Doch bleiben wir bei den Lobbys: Lobby ist eben nicht gleich Lobby.

Es sind gerade die wirtschaftlich stärksten Interessen, die sich oft durchsetzen. Die Bewahrer des Status quo haben einen strukturellen Vorteil. Sie verfügen, ob *Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI)*, *Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA)*, *Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE)* oder *Industriegewerkschaft Metall (IG Metall)* über deutlich mehr Geld und mehr

Kontakte als der *Bund Umwelt und Naturschutz Deutschland* (BUND), *Greenpeace* oder der *Deutsche Paritätische Wohlfahrtsverband*.

Gerade sie profitieren von der Angst vor jeglicher wirtschaftlicher Veränderung.

Wirtschaftlich kurzfristig orientierte Lobbys werden heute tendenziell stärker, ökonomisch langfristig orientierte werden schwächer.

Das macht sich **gerade in der Umweltpolitik** stark bemerkbar.

Lobbys hat es schon immer gegeben. Es bedurfte nicht nur der Auseinandersetzung um eine leistungsgerechtere Steuerpolitik des vergangenen Wahlkampfs. Umweltpolitiker können davon ein langes und schmutziges Lied singen.

Ob Altautorichtlinie, Partikelfilter oder Emissionshandel – es gab zu meiner Zeit als Bundesumweltminister **kein umweltpolitisches Gesetzgebungsvorhaben**, das nicht **massivem Lobbydruck** ausgesetzt war.

Vorstandsmitglieder wie *Ferdinand Piech* (VW) riefen noch spät abends an. Im Auftrag des Vorstandes machte gleichzeitig der Volkswagen-Betriebsrat beim SPD-Fraktionsvorsitzenden Druck und in Sachen Emissionshandel reiste BASF-Vorstand *Eggert Voscherau* mir sogar im Wahlkampf nach.

Genützt hat es wenig. Die Altautorichtlinie kam fast unverändert, der Partikelfilter kam mit zwei Jahren Verspätung, der damalige VW-Betriebsratsvorsitzende *Klaus Volkert* landete wegen Untreue im Knast und der

Emissionshandel wurde trotz Wehgeschrei des *Verbandes der Chemischen Industrie* (VCI) eingeführt. Er wurde erst später von Frau *Merkel* im Interesse dieser Lobbys entkernt - durch eine massive **Überakkumulation von Zertifikaten**.

Ich haue hier nicht auf die Blechtrommel – ein Hausverbot für Lobbyisten, wie es *Günter Grass* gefordert hat, ist zwar gut für *Maischberger* oder *Plasberg*, aber nicht zielführend.

Es gibt ein einfacheres Rezept gegen Lobbyismus. **Man hört sich die Lobby an – aber man macht sich nicht mit ihr gemein.**

Das **wichtigste Mittel** gegen Lobbyismus ist Rückgrat - ist **demokratisches Selbstbewusstsein**.

Gegen die Umsetzung des von einem meiner Vorgänger, Klaus Töpfer (CDU), eingeführten **Dosenpfands** durch mich, Anfang der 2000er-Jahre, gab es **über 200 Klagen** von großen Handelsunternehmen oder von Brauereien. Die Einweglobby hat **alle diese Prozesse verloren**.

Das hinderte den damaligen Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen, Wolfgang Clement (damals SPD, heute FDP), nicht daran, noch einmal zu versuchen, mich in einem langen Gespräch zu einem Aussetzen der Pfandpflicht zu bewegen. Er versprach mir ein Papier mit einem Lösungsvorschlag. Eine halbe Stunde später erhielt ich sein Fax. Allerdings nicht von einem Faxgerät der Landesvertretung NRW, sondern mit der Absenderkennung des *Kaufhof* am Alexanderplatz, in Berlin gegenüber

dem damaligen Umweltministerium gelegen.
Das Kaufhaus ist Eigentum jener *Metro*-Gruppe,
die heftig gegen das Pfand kämpfte.

In diesem Beispiel kommt der Lobbyismus
ebenso harmlos wie dilettantisch daher. **Das ist
eher Provinz als Hauptstadt.**

3 Demokratiegefährdend und wirtschaftsfeindlich

Heute sind wir weiter:

- ↳ Mittlerweile werden von
Pharmalobbyisten komplette
Textbausteine für Arzneimittelgesetze
geliefert.
- ↳ Entwürfe zur Regulierung von Banken
werden von **Anwaltskanzleien**

gefertigt, deren Hauptmandanten eben diese Banken sind.

↳ Mit *Eckart von Klaeden* wechselte ein **Staatsminister im Kanzleramt** direkt von dort auf den Cheflobbyisten-Posten bei *Daimler*.

↳ Parallel zu einer **BMW-Spende** an die CDU in Höhe von 690 000 Euro blockiert die Bundesregierung in Brüssel einen für BMW ungünstigen Kompromiss zu europäischen CO₂-Obergrenzen für Autos.

↳ *Dirk Niebel*, der ehemalige Entwicklungsminister, der die dritte Welt mit Fallschirmspringer-Käppi heimsuchte, ist heute Chef-Lobbyist von *Rheinmetall*, sein ehemaliger Wirtschaftsminister *Philip Rösler*

lobbyiert für das neoliberale
Weltwirtschaftsforum und Ex-
Gesundheitsminister *Daniel (Pflege-)
Bahr* ist im Vorstand der *Allianz*
gelandet.

☞ Der ehemalige Verkehrsminister *Peter
Ramsauer* ist heute eben nicht nur
Wirtschaftsausschussvorsitzender im
Bundestag - sondern auch **Berater
anonymer Kunden**, die er nicht
nennen mag und muss - zudem
**Vorsitzender der deutsch-arabischen
Handelskammer**.

**Dieser Lobbyeinfluss auf politische
Entscheidungsträger untergräbt die
Demokratie.**

**Aber er untergräbt auch unsere Wirtschaft und
vor allem unseren Mittelstand.**

Aber ist es denn nicht wichtig, dass die
Wirtschaft sich bei der Politik Gehör verschafft?
Leben wir denn letztlich nicht alle von der
Wirtschaft?

Mag sein, bloß: Das Gerede von **den** Interessen
der Wirtschaft ist so **grundfalsch** wie die Rede
von **der** Politik.

Selbstverständlich sind die Interessen von
Windkraftunternehmen nicht deckungsgleich
mit denen von RWE oder E-on. Und die von

Wacker-Chemie sind nicht identisch mit denen von BASF.

Die Rede von der Wirtschaft dient dazu, die Machtverhältnisse in den großen Industrieverbänden zu verschleiern.

Der Komment in diesen Verbänden wird von den großen Unternehmen – und hier in der Regel von den langsamsten der großen Unternehmen bestimmt.

Auch innerhalb des organisierten Wirtschaftslobbyismus setzt sich die **große, strukturkonservative Lobby in der Regel gegen kleine, mittelständische Innovatoren** durch.

Der kurzfristige Wettbewerbsvorteil **verhindert oft die langfristige Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit durch Innovation.**

Die **größte Lüge des deutschen**

Wirtschaftslobbyismus ist die Behauptung, den deutschen **Mittelstand** zu vertreten. Mit diesem Begriff ist weder die Mittelschicht noch der wirkliche Mittelstand gemeint.

In einem Land, in dem die **Mitte der Fluchtpunkt gesellschaftlicher Sehnsucht** ist, wird die Sorge um den Mittelstand **von ganz und gar nicht mittelständischen Interessen** als Geisel genommen.

Nach den üblichen Kriterien fasst der Begriff »Mittelstand« alle Unternehmen zusammen, die **bis zu 50 Millionen Euro Jahresumsatz** erzielen und **bis zu 500 Mitarbeiter** beschäftigen.

Dieser Mittelstand ist das Rückgrat der deutschen Wirtschaft. Rund **zwei Drittel** der

sozialversicherungspflichtig **Beschäftigten** arbeiten in seinen kleinen und mittleren Unternehmen. Sie erwirtschaften rund **40 Prozent aller Umsätze**. Und sie stellen in vielen Bereichen hochwertige Produkte her, die Deutschlands Erfolg auf den internationalen Märkten ausmachen. Gute, innovative Unternehmen mit qualifizierten und fleißigen Angestellten, deren Leistung nicht kleingeredet werden darf.

In den großen Wirtschaftsverbänden des BDI gibt nicht der Mittelstand, da geben die großen Konzerne den Ton an.

Und selbst in der »*Arbeitsgemeinschaft Selbstständiger Unternehmer*«, die sich seit einigen Jahren scheinheilig als »*Die Familienunternehmer*« vermarkten, wird

peinlich vermieden, eine Grenze zu ziehen zwischen kleinen und mittelständischen Unternehmen und Großunternehmen. So kann dann ein mehrfacher Milliardär als Mittelständler kostümiert durch die Talkshows ziehen und niemand lacht ihn aus.

Im Ergebnis **blockiert die Lobbymacht Innovationen** und **mindert so Deutschlands Wettbewerbsfähigkeit**, deren Kern gerade die Wettbewerbsfähigkeit kleiner und mittelständischer Unternehmen ist.

Technologische Neuerungen, neue Akteure werden von der Lobby des Strukturkonservatismus als Bedrohung wahrgenommen. Das Aufkommen einer neuen Industrie mit mehr als 300 000 Arbeitsplätzen in den Erneuerbaren hat diese Lobby bekämpft.

Mal erfolglos, mal erfolgreich:

- ↳ Vor 10 Jahren war Deutschland noch
Marktführer in der Fotovoltaik – heute ist
die Wertschöpfungskette nicht mehr hier.
- ↳ Noch sind wir **Technologieführer in der
Windbranche** – aber bei den
Installationen nur noch Nummer 2.

Selbst in einer unserer Spitzenindustrien – der
Autoindustrie - **läuft Deutschland hinterher**,
nach dem der VDA jahrelang die
Elektromobilität und den Kampf gegen
Verbrauchsobergrenzen aus dem Kanzleramt
heraus geführt hat.

- ↳ **Zehn Jahre nach** dem ersten
Hybridfahrzeug – dem *Toyota Prius*, zweit
häufigstes Taximodell in Berlin – hatten

deutsche Hersteller ein solches
serienfähig.

↳ *Tesla* hatte schon das zweite Modell auf dem Markt, da kamen deutsche Unternehmen mit den **ersten vollelektrischen Fahrzeugen.**

Die Macht des deutschen Wirtschaftslobbyismus gefährdet unsere Wettbewerbsfähigkeit.

4 Sozialpartner und die Macht der Lobby

In Deutschland kann sich der Wirtschaftslobbyist auf seine Sozialpartner verlassen. Insbesondere die beiden großen Industriegewerkschaften *Metall* (IGM) und *Bergbau/Chemie/Energie* (IG

BCE) sind weniger Gegenmacht als

Bündnispartner des Strukturkonservatismus.

Dass in Deutschland der gesetzliche

Mindestlohn erst zehn Jahre nach der Öffnung der Arbeitsmärkte – mit Ausnahmen – Realität wird, ist im Wesentlichen ihrer langen Weigerung zu danken.

Ver.di, die Gewerkschaft, die die Verlierer des Wandels in den ausgelagerten

Dienstleistungsbranchen zu vertreten hat, war schon lange dafür und wir Grüne forderten ihn schon zur Einführung der Agenda 2010.

Noch konservativer ist die Haltung beider

Großorganisationen, bei **ökologischen**

Innovationen. Gewerkschaften zögerten nicht, zusammen mit ihren Arbeitgebern und der CDU

Demos und **Fackelzüge gegen Klimaschutz** zu organisieren.

Umweltverbände, Globalisierungskritiker, Sozialverbände sind dagegen eher schwache Kräfte. Vielfach erzeugen sie ihre Stärke in punktuellen Auseinandersetzungen mit verblüffenden Erfolgen. Ihr größter Erfolg war das **Zurückkämpfen** von Merkels **Laufzeitverlängerung** für Atomkraftwerke. Aber auch dieser Erfolg wäre ohne den mehrfachen Super-Gau in Fukushima nicht möglich gewesen.

Auch in der Frage der Gerechtigkeit hatten die Lobbyisten des Bestehenden freie Bahn. Die nach der Finanzkrise rundweg mehrheitsfähigen Forderungen nach einer **angemessenen Besteuerung** großer Vermögen und hoher Einkommen vertraten im Bundestagswahlkampf

neben Grünen, Linken und einer verdrückten SPD nur noch der *Deutsche Paritätische Wohlfahrtsverband*, während sich der DGB-Vorsitzende Michael Sommer zum **Kronzeugen gegen Steuererhöhungen für Reiche** machen ließ.

Hinter den wirtschaftlich starken Lobbys stehen also nicht nur ein paar Großverdiener, sondern auch deren Arbeitnehmer, oft in großer Zahl.

So ist die Lobby der Autokonzerne in Deutschland nicht nur stark, weil *Dieter Zetsche* und die Kanzlerin sich gut verstehen und sie ihm ihren *Eckardt von Klaeden* überließ, sondern weil sie weiß, dass Herr Zetsche für **275 000 Mitarbeiter** und Mitarbeiterinnen spricht, davon rund **168 000 in Deutschland**.

Auch hier sind wir **Deutsche schwankend und widersprüchlich**. Man möchte nicht von Lobbyisten regiert werden. Schließlich leben wir in einer Demokratie und wählen unsere Politiker nicht, damit sie Befehle aus der Chefetage von *Siemens* oder *Daimler* entgegennehmen.

Aber wenn genau das geschieht, dann ist der öffentliche Aufschrei oft nicht allzu laut. Vielleicht wollen wir Deutsche ja doch von unseren Wirtschaftskapitänen regiert werden? Zumindest, wenn es sich um die Kapitäne von erfolgreichen Unternehmen handelt, die als Aushängeschild gelten?

Banker sehen wir nicht mehr gerne im Kanzleramt, seit der Finanzkrise. **Doch wenn die Autoindustrie die Stimme erhebt, dann erschauern wir.**

Konservative, wirtschaftsliberale und sozialdemokratische Politikerinnen und Politiker dieses Landes wussten immer genau, dass es ihnen nicht schadet, als Handlanger deutscher Autoproduzenten dazustehen. Wir **Deutsche haben es ihnen in Wahlen nicht übel genommen** – bei allem Abscheu gegenüber Lobbyisten.

5 Schritte gegen den Lobbyismus

Was also tun? Im Grunde ist es **ganz einfach**.

Gewählte Politiker sollten sich anhören, was Lobbyisten zu sagen haben. Punkt.

Das habe ich immer getan und dabei viel gelernt. Schließlich verfügen die Verbandsvertreter oft über Wissen, das für

politische Entscheidungen relevant ist. Und nicht jedes ihrer Argumente ist falsch. Von der Autoindustrie hängen fürwahr Hunderttausende Existenzen in diesem Lande ab.

Doch die Aufgabe der demokratischen Politik ist es **nicht, diese Industrie vor jeglichem Wandel abzuschirmen**. Ganz im Gegenteil: Deutschland ist kein Wirtschaftsbetrieb, sondern **eine Gesellschaft, die zukunftsfähig sein muss** in einer Welt, die sich rapide wandelt.

Nach den Gesprächen mit den Lobbyisten sollten Politiker ihnen die Tür zeigen, und dann sollten sie in Ruhe Entscheidungen treffen, die das Gemeinwohl, das Ganze der Gesellschaft, die zukünftigen Generationen und die natürlichen Lebensgrundlagen im Blick haben.

Grundlage für die Entscheidungen sind Wahlen, Parteiprogramme, wissenschaftliche Erkenntnisse, Verhandlungsergebnisse, öffentliche Diskussionen – mit anderen Worten: Demokratie.

Da müssen viele Interessen berücksichtigt werden. **Aber am Ende müssen Entscheidungen getroffen werden, da kann man es nicht allen recht machen.**

Der ein oder andere hier denkt jetzt wahrscheinlich, dass das naiv klingt.

Angesichts der Praxis in Deutschland in den letzten Jahren scheint das **in der Tat weltfremd** zu sein. Die Macht die der Lobbyismus heute errungen hat, und die Beharrungskräfte, der Strukturkonservatismus, der mit dieser Macht

einhergeht, verstärkt die Blockade gegenüber einer Politik zukunftsweisender Veränderung massiv.

Was aber ist dann die Handlungsoption? Aus meiner Sicht ist das einzige Mittel, um die Waffengleichheit wieder herzustellen und den überbordenden Einfluss von Lobbyismus zurückzudrängen einfach:

Mehr Transparenz!

Es nützt natürlich nichts, wenn Abgeordnete die Schuld nur außerhalb des Parlaments suchen. Jahrelang schon werden **schärfere Regeln** für mehr Transparenz **im** Deutschen Bundestag blockiert. Hier muss sich der Deutsche Parlamentarismus selber an die Nase fassen.

- ↳ Es gibt seit langem von uns die Forderung nach einem **verpflichtenden Lobbyregister**.
- ↳ Wenn Lobbyisten an Gesetzentwürfen mitarbeiten, muss das **erkennbar gemacht** werden. **Wer, wie, warum, für wen und wieviel Geld ist im Spiel?**

Das ist das Mindeste, was an Transparenz hergestellt werden muss.

Der nächste Punkt wären **verpflichtende Karenzzeiten für den Wechsel vom Regierungsamt** in die sogenannte „freie Wirtschaft“.

Ich habe Beispiele und Namen genannt, ich könnte weitere aus allen Parteien anfügen.

Der Schaden, den die Reputation des gesamten politischen Systems durch derartige Distanzlosigkeit nimmt, ist enorm.

Und er wäre vermeidbar mit einfachgesetzlichen Regelungen. **Warum soll für ehemalige Minister und Staatssekretäre nicht Recht sein, was für Bundesbeamte heute schon billig ist?**

Dem Eindruck der Drehtür Politik muss mit aller Macht entgegengetreten werden. Denn er untergräbt nicht nur Glaubwürdigkeit, sondern vor allem Legitimität.

Hier sind wir aber an einem anderen Punkt und ich muss etwas **Unpopuläres** dem Wohlfeilen des Populismus gegen die Selbstbedienungsmentalität hinzufügen. Einschränkungen der Berufsfreiheit bedürfen

nicht nur verfassungskonformer gesetzlicher Begründung, **sie kosten auch** - wie übrigens in der Wirtschaft üblich. **Das gehört zur Wahrheit auch dazu.**

Dass ein **Gesetz gegen Abgeordnetenbestechung** jetzt endlich seit dem 1. September in Kraft ist, war lange überfällig und ist ein positiver Schritt. Auch wenn hier, wieder im Gegensatz zu den Beamten, ein deutlich engerer Begriff von Bestechlichkeit angewandt wird.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

ich hoffe, ich habe das Spannungsfeld, in dem sich nicht nur Gesetzgebung, sondern politische Meinungsbildung im Allgemeinen, heute

insbesondere im politischen Berlin befinden,
darstellen können.

Es gibt keine Patentrezepte, aber eine
Grundlage für alle Maßnahmen:

**Das wichtigste Mittel im Kampf gegen
demokratiegefährdenden Lobbyismus ist
Rückgrat und demokratisches
Selbstbewusstsein.**

Vorschläge und Ideen zum Schutz der
Parlamentarischen Demokratie und zur Stärkung
der Selbstverteidigungskräfte des Parlaments
sind nicht nur bitter nötig – sondern, das kann
ich für mich zumindest sagen, herzlich
willkommen.

In diesem Sinne wünsche ich anregende
Diskussionen.